

Neoliberaler Kapitalismus gegen Soziale Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat

Israel, Joachim

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Israel, J. (1997). Neoliberaler Kapitalismus gegen Soziale Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat. In S. Hradil (Hrsg.), *Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften ; Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996* (S. 73-93). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-140198>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mittags- und Abendvorlesungen

Neoliberaler Kapitalismus gegen Soziale Marktwirtschaft und Wohlfahrtsstaat

Joachim Israel

1. Einleitung

Karl Marx und Max Weber betrachteten die Ausdifferenzierung von Wirtschaft und politischen Institutionen der Gesellschaft als ein zentrales Problem des kapitalistischen Modernisierungsprozesses. Dieser Gedanke wird bei Karl Polanyi (1944) weiterentwickelt. Er betont, daß die gesellschaftliche Integration von politischer Steuerung und marktwirtschaftlichen Prozessen zerbrochen ist und diskutiert in seiner Analyse die Konsequenzen dieser Entwicklung.

Die wirtschaftlichen Funktionen, wie Kapitalakkummulation und marktwirtschaftliche Mechanismen, zeigen eine Tendenz sich zu verselbständigen, und ihre eigenen zweckrationalen Ziele zu verwirklichen, ohne auf gemeinsame gesellschaftliche Normen und Zielsetzungen Rücksicht zu nehmen. Wirtschaftliche Institutionen und ihre Akteure versuchen politische Beschlußprozesse zu dominieren.

Der grundlegende Gedanke, daß eine effektiv funktionierende und sozial verantwortliche Marktwirtschaft in einer Demokratie die normative Rolle

politischer Institutionen voraussetzt, ist der herrschenden ökonomischen Schicht fremd. Im Gegenteil betonen sie die Herrschaft des Marktes, der – wenn unbeeinträchtigt – alle ökonomischen und sozialen Probleme lösen kann und soll. Diese Einstellung, die gewöhnlich als Ökonomismus bezeichnet wird, zeigt den Hochmut der Vertreter dieser Auffassung.

Die Märkte brauchen notwendigerweise eine gut funktionierende staatliche, und heute auch überstaatliche Gesetzgebung und ihre korrekte Anwendung. Sie brauchen staatliche Organe, die Grenzen für ihr Wirken setzen, weil die Märkte eine innewohnende Tendenz zur Monopolisierung und damit zu ihrer Selbstdestruktion haben.

Die Entwicklung zur Verselbständigung der wirtschaftlichen Institutionen mit der Institutionalisierung zweckrationaler Vernunft, die bei Weber als Rationalisierungsprozeß verstanden wird, hat sich in unserer Epoche durch die Machtstellung und Rolle der internationalen Finanzmärkte noch zugespitzt. Diese Märkte und ihre Akteure steuern heute beispielsweise die internationalen Währungen und bestimmen den Zinsfuß im internationalen Maßstab. Die Wirtschaftspolitik, die die Regierung eines kleinen Landes wie Schweden betreibt, bedeutet für die Höhe des Zinsfußes innerhalb des Landes viel weniger als die Inflationserwartungen der Großspekulant an der New Yorker Börse.

Wenn sich die Beschäftigungsrate in den USA erhöht, um ein konkretes Beispiel anzuführen, steigt der Zinsfuß dort und in der ganzen Welt, weil die Akteure, vor allem die Spekulant höhere Inflationsraten befürchten. Sie glauben nämlich, daß Inflation und Beschäftigung negativ korreliert seien, obwohl es keine wissenschaftlich haltbare Stütze – wie z.B. die umstrittene Phillipskurve – für diesen (Aber)glauben gibt. Denn in den siebziger Jahren erhöhten sich sowohl Inflation als auch Arbeitslosigkeit Hand in Hand. Gleichzeitig zeigen sie damit, daß für sie Profite wichtiger sind als Arbeitsplätze, die für die meisten Menschen lebenswichtig sind. Der oft mißbrauchte Begriff »Perversion« beschreibt diese Situation angemessen.

Der Umsatz der internationalen Finanzmärkte, allein die Devisengeschäfte betreffend, beläuft sich heute nach Angaben der Bank for International Settlement in Basel auf 1.500-2.000 Milliarden Dollar *täglich*, und nur ungefähr 10 Prozent dieser phantastischen Summe werden für die Bezahlung von Import-Exportgeschäften benötigt. Der Rest dient Spekulationen. Der Welthandel mit Waren belief sich 1995 auf 4,8 Billionen Dollar. Der totale Devisenhandel belief sich im selben Jahr auf

325 Billionen Dollar und bestand zu 98% aus Spekulation. Die hohen Exportüberschüsse fernöstlicher Länder, die durch Kapitalimporte gedeckt wurden, haben zu dieser Entwicklung beigetragen.

Die Finanzmärkte, die früher sozusagen als die Dienstmägde des produktiven Kapitals fungierten, haben sich verselbständigt. Enorme Spekulationsgewinne übertreffen die Gewinne, die durch Produktion und Verkauf der Produkte erzielt werden. Banken, Börsenmakler, Rentenfonds und Handelsgesellschaften können Gewinne aufweisen, von denen das produzierende Kapital nur träumen kann. Damit folgt aber auch eine Dezimierung produktiver Investitionen, verminderter Zuwachs und infolge dessen erhöhte Arbeitslosigkeit.

Faktoren, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben, sind 1. die Abschaffung staatlicher Regelungen und Interventionen für Kredit- und Devisenmärkte, die euphemistisch als »Liberalisierung« bezeichnet wird; 2. die Entwicklung der Informationstechnologie und moderner mikroelektronischer Hilfsmittel, die blitzschnelle Transfers von Informationen und Geldern über die ganze Welt 24 Stunden lang ermöglichen; 3. die Schaffung großer amerikanischer Pensions- und Rentenfonds, die über enorme Geldmittel verfügen, die sie kurzfristig anlegen, um schnelle und hohe Gewinne zu erzielen. Gleichzeitig erhöht sich das Risiko für enorme Verluste. Eigentlich betreiben die Finanzmärkte ein Nullsummenspiel, das aber leider die reale Wirtschaft, meistens negativ, beeinflusst; 4. die großen multinationalen warenproduzierenden Unternehmen, die ihre eigenen Finanzabteilungen u.a. zum Zwecke der Spekulation geschaffen haben; 5. die neue Form der Globalisierung, die entstanden ist: Große multinationale Unternehmen produzieren lokal, wo es am billigsten ist, verkaufen und vermarkten aber global. Dies führt zu einem Verdrängungswettbewerb – »Marketing« ist eine neue Form der Globalisierung; 6. schließlich eine neue globale Industrie, die Unterhaltungsindustrie, die eine wichtige ideologische Rolle spielt. Mehr als 90 Prozent der Filme, die z.B. im schwedischen Fernsehen und in Kinos gezeigt werden, sind amerikanischen Ursprungs, meistens produziert von Firmen, die von Japanern aufgekauft wurden, um die Produktion von »hardware« mit dem Einfluß auf den Inhalt der Medien zu verknüpfen.

Dazu kommt, daß die Massenmedien eine unaufhörliche Kommerzialisierung erfahren haben. Die Sprache und Symbole der Reklame verdrängen künstlerische und kulturelle Inhalte. Die hegemonische Macht über die Medien wird politisch ausgenutzt, wie am Beispiel Berlusconi deutlich wird.

Wenn ich an die Themenstellung des Kongresses wieder anknüpfen darf, kann ich konstatieren, daß hier ein dialektischer Prozeß im Gange ist. Auf der einen Seite findet eine globale Integration statt, gefördert und durchgeführt von den Akteuren der internationalen Finanzmärkte und des Kapitalismus überhaupt. Andererseits forciert die Globalisierung ihre eigenen Gegenkräfte,

die sich u.a. wieder im aufflammenden Nationalismus und Ethnozentrismus äußern und zur Zersplitterung von Nationalstaaten führen, wie unsere jüngste Geschichte zeigt.

Dazu kommt, daß es auf nationaler und lokaler Ebene zur Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Institutionen kommt. Aufgrund der Dominanz wirtschaftlicher Institutionen über andere gesellschaftliche Institutionen vollzieht sich innerhalb der Gesellschaft eine Zersplitterung. Dies führt zu sozialen Konflikten und Gegensätzen und gefährdet die Demokratie. In der Demokratie herrscht ein grundlegender Glaube an die Gleichberechtigung der Individuen: »Ein Mann eine Stimme«, während der Kapitalismus, wie es der Nobelpreisträger Lester Thurow sagt, auf Ungleichheit aufbaut. Der Kapitalismus verfißt den Gedanken, es sei die Aufgabe der »economically fittest to drive the unfit out of business« (1996: 243).

Thurow stellt auch fest, daß Marktwirtschaften immer die Ungleichheit fördern. Deshalb waren historisch gesehen die Demokratien gezwungen, in die Marktmechanismen einzugreifen, um den grundlegenden Wert der Gleichheit zu fördern. Die »Liberalisierung« stellt dies auf den Kopf.

2. Zwei Varianten des modernen Kapitalismus

Nach dem Zerfall der kommunistischen Gesellschaften erscheint das kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftssystem nicht nur als das siegreiche und überlegene, sondern auch als die einzige Alternative für sowohl die reiche, industrialisierte als auch für die arme, unterentwickelte Welt. Aber diese vermeintliche Alleinherrschaft, das Monopol, das der Kapitalismus heute innezuhaben glaubt, widerspricht seiner eigenen Natur, denn seine Struktur baut auf dem Markt auf, der wiederum die Konkurrenz voraussetzt. Der Kapitalismus ist nun »so stark geworden, triumphiert so sehr, daß es keine Konkurrenten mehr gibt« sagt ein Beobachter (Albert 1992: 13).

Aber tatsächlich ist das kapitalistische System kein einheitliches. Denn es existieren tiefgehende Unterschiede von sowohl wirtschaftlicher und politischer Art, ebenso wie auch ideologische Gegensätze in diesem globalen System. Deshalb läßt es sich in zwei Modelle ausdifferenzieren, die sich gegenüberstehen: »*Kapitalismus kontra Kapitalismus*« (Albert 1002: 13). Näher bestimmt handelt es sich um die soziale Marktwirtschaft gegen den neoliberalen Kapitalismus amerikanischer Art, wobei das japanische Modell eine dritte Variante ausmacht, die wir hier aus Zeitgründen nicht behandeln können. Sicher

ist diese Dichotomisierung eine Vereinfachung, da es zum Beispiel große Unterschiede zwischen den verschiedenen Varianten der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und den Wohlfahrtsstaaten skandinavischer Art gibt, die u.a. historisch begründet sind.

Wir werden *erstens* die zwei genannten Typen des Kapitalismus idealtypisch beschreibend kurz einander gegenüberstellen und das für sie Charakteristische betonen, von einer eingehenden Darstellung und Analyse müssen wir hier jedoch absehen.

Zweitens werden wir uns in der folgenden Analyse auf Unterschiede ideologischer Art beschränken. Wir behaupten nämlich, daß Ideologien den Rahmen für die Analyse und das Verständnis kapitalistischer Strukturen im allgemeinen bilden. Ideologien, die ein Teil der sozialen Welt sind, haben gleichzeitig eine zentrale Rolle in ihrer Produktion.

2.1 *Der Kapitalismus in der sozialen Marktwirtschaft und im Wohlfahrtsstaat*

»Mit dem Sturz des Kommunismus fällt auch der Anti-Kommunismus, seine ideologische Zwillingschwester, der einen so starken Griff auf die Politik und Mentalität der Nachkriegszeit hatte. Dadurch werden ganz neue politische Muster geschaffen«, schreibt der schwedische Bildungs- und Wissenschaftsminister Carl Tham (1994: 23). Die kommunistische Gefahr stimulierte nämlich auch die Regierungen, Wohlfahrtsmaßnahmen vorzunehmen.

»Dies wurde auf eine seltsame Weise der einzige richtig konstruktive Einsatz des Kommunismus« setzt er fort (Tham: 38). Er meint, daß die Demokratien den Kampf gegen den Kommunismus dadurch gewonnen haben, daß sie eine reformistische Alternative zur Verfügung hatten, die sowohl größere ökonomische Ressourcen als auch Sicherheit und Freiheit gewähren konnte. Man könnte hinzufügen, daß nach dem Sturz der Sowjetunion der Kapitalismus durch die veränderte Situation zugleich weniger bereit ist, Zugeständnisse im Sinne der Wohlfahrt zu machen.

In Deutschland, wie auch in Frankreich und Italien wurde die Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft durch eine korporative Ideologie beeinflusst. Der Staat entwickelte in der Bismarckschen Tradition ein Sozialversicherungssystem, doch hauptsächlich für Arbeitnehmer. Eines seiner Ziele war es, soziale Unruhen zu verhindern und in Zeiten wirtschaftlicher und persönlicher Krise die Kaufkraft und Nachfrage aufrecht zu erhalten und ein grundlegendes Maß an sozialer Sicherheit zu gewähren.

Das skandinavische System dagegen ist allgemein. Es umfaßt alle, auch die Mittelklasse, und hat zum Ziel, nicht nur ein soziales Sicherheitsnetz zu schaffen, sondern auch für den sozialen Ausgleich zwischen Gruppen mit unterschiedlichen Einkommen zu wirken, ein Ausgleich, der wiederum für ökonomischen Zuwachs bedeutungsvoll ist. Es gibt nämlich zuverlässige Daten, die zeigen, daß Staaten mit geringeren Einkommensunterschieden größeren Zuwachs haben als Staaten mit großen Einkommensunterschieden. Hypothesen, daß Zuwachs Einkommensunterschiede notwendig macht, »have been disproved by recent evidence of a positive correlation between economic growth and income equality«, heißt es in einer Veröffentlichung der UN (Human development report 1996). »The new insight is that an equitable distribution of public and private resources can enhance the prospects of further growth«, heißt es weiterhin: »The discovery of this reinforcing relationship between equity and growth has far-reaching implications for policy-makers« (Human development report 1996: 6).

Die Vollbeschäftigung war bis zum Anfang der neunziger Jahre auch ein übergeordnetes Ziel des schwedischen Wohlfahrtsstaates, das dann durch Inflationsbekämpfung ersetzt wurde, als u.a. der internationale Druck seitens der EU und insbesondere der Kreditgeber zu stark wurde. Infolge dieser Entwicklung gibt es heute in Schweden wie im übrigen Europa 12-13 Prozent Arbeitslosigkeit und Einschränkungen im Wohlfahrtssystem. Das allgemeine Programm des Wohlfahrtsmodells mit Transfers verhinderte, daß große Gruppen in eine Armutsfalle gerieten, wie es oft geschieht, wenn sich die sozialen Leistungen auf Unterstützung für die Ärmsten einschränken. Dieses umfassende Wohlfahrtsprogramm war auch normbildend, so daß eine Majorität der Bevölkerung es immer noch stützt und als legitim betrachtet, auch wenn es hohe Steuern für seine Durchführung erfordert. In der oben genannten Veröffentlichung wird auch gesagt daß »governments and communities can greatly influence human development by channeling a major part of public revenue into high-priority social expenditures – particularly by providing social services for all« (Human development report 1996: 6).

Ein Wohlfahrtsstaat skandinavischen Modells setzt die Existenz bestimmter gesellschaftlicher Institutionen voraus, beispielsweise eines großen und gut funktionierenden öffentlichen Sektors. Dieser hat vor allem zwei Funktionen: 1. Er baut eine, besonders auch für den privaten Sektor der Wirtschaft notwendige Infrastruktur von Wegen, Häfen, Flugplätzen, Telephonleitungen etc. auf, deren Konstruktion und Handhabung nicht gewinnbringend ist; 2. Er baut ein Versicherungssystem auf, das dem Markt Grenzen setzt, indem er wichtige Dienstleistungen als soziale Rechte und nicht als Waren bereithält.

Dies fördert u.a. die gesellschaftliche Integration und gibt der Bevölkerung ein Gefühl von Zugehörigkeit und die Möglichkeit zur Identifikation, wenn sie erlebt, daß die Gesellschaft sich um ihr Wohl kümmert.

Soziologisch gesehen setzt der Wohlfahrtsstaat dem Wirken der Zweckrationalität Grenzen. Mit seinen Idealen von Solidarität, Gleichheit und allgemeiner Freiheit, d.h. Freiheit für alle, betont er wertrationelles Handeln. In dem privatkapitalistischen Schweden ist so ein Konflikt entstanden. Er besteht zwischen der Produktionssphäre, wo die strenge instrumentelle Rationalität dominiert, und der Sphäre der Verteilung des totalen sozialen Produktes, wo sich eine Wertrationalität geltend macht.

2.2 Der neoliberale Kapitalismus

»Die Antwort von rechts handelt vom Individuum und dem Markt. Je mehr Markt desto größere Freiheit, desto geringer wird der Abgrund zwischen dem Einzelnen und der Allgemeinheit.« Dies sind gewöhnlich Behauptungen der Befürworter eines uneingeschränkten marktwirtschaftlichen Kapitalismus (Tham 1994: 102-103).

Die neoliberale Alternative zur sozialen Marktwirtschaft ist weniger liberal als extrem *individualistisch* und sieht u.a. die Maximierung des Eigennutzens als höchstes Ziel sozialen Handelns und gleichzeitig als dominierendes Handlungsmotiv an.

Die neoliberale Entwicklung des Kapitalismus wird gewöhnlich mit der Wirtschaftspolitik, die von Reagan und Thatcher vorangetrieben wurde, identifiziert. Sie hat aber historisch gesehen ihre Wurzeln im »laissez-faire«-Gedanken des 17. Jahrhunderts. Die Gesellschaft, wie auch die Wirtschaft wurde damals von den Physiokraten als ein biologischer Organismus oder wie bei Adam Smith als ein Mechanismus begriffen, der Naturgesetzen folgt. Wenn man in diese »naturgegebenen« Gesetze eingriffe, würden, so glaubte man, entweder Krankheitssymptome oder Gleichgewichtsstörungen in der Gesellschaft auftreten.

Dieser merkwürdige Naturalismus, gestützt auf biologische oder mechanistische Metaphern, der auf metaphysische Vorstellungen von »natürlichen« Harmonietendenzen in der Gesellschaft und »eherne Naturgesetze« baut, spukt noch immer, manches Mal implizit, in der Diskussion über den »freien Markt«. Wenn seine Fürsprecher gerne erklären, Marx sei veraltet, so kann man darauf hinweisen, daß Adam Smith schon seit 1790 tot ist.

Der Neoliberalismus ist von der Idee beherrscht, daß der »freie Markt« nicht nur eine effektive wirtschaftliche Entwicklung sichere, sondern auch Garant für die Demokratie sei. Staatliche Eingriffe und Regulierungen sind laut dieser Ideologie schädlich und müßten abgeschafft werden.

Privatisierung und Abbau sozialer Leistungen der öffentlichen Hand werden gefordert und durchgeführt, auch wenn sie ökonomisch gesehen wenig effizient sind. Der Markt soll eine Reihe von Funktionen und öffentlichen Diensten übernehmen und sie zu Marktpreisen jenen zugänglich machen, die bereit sind, dafür zu bezahlen. Daß damit große Gruppen von der Krankenpflege, Ausbildung, der Altersrente usw. ausgeschlossen werden, weckt wenig Besorgnis.

Soziale Sicherungsmaßnahmen, ein allgemeines Versicherungssystem und der öffentliche Sektor werden als eine wirtschaftliche Belastung betrachtet, die den Zuwachs hemmt, den Menschen unselbständig macht und die Moralvorstellung zerstört, die dem einzelnen die Verantwortung für sein eigenes Leben auferlegt. Denn nach der konservativen Theorie des »selfpossessing individualism« (Macpherson: 1962) ist das Individuum der Eigentümer aller seiner Fähigkeiten, und sein Erfolg im Leben ist einzig und allein sein Verdienst, wie auch sein Mißgeschick allein seine Schuld ist. Der Staat ist dem einzelnen nichts schuldig, und dieser ist dem Staat nichts schuldig.

Soziale Ungerechtigkeiten mit Blick auf Privilegien und Lasten, die der Markt verursachen kann, könnten nur dann als ungerecht bezeichnet werden, wenn sie das Resultat einer bewußten Verteilung, durchgeführt von bestimmten Personen, wären, sagt von Hayek, einer der ideologischen Väter des Neoliberalismus. Dies sei aber nicht der Fall, denn der Verteilungsprozeß sei weder beabsichtigt noch voraussehbar. Er sei die nicht beabsichtigte Konsequenz der »unsichtbaren Hand« des Marktes. Es sei deshalb absurd, Gerechtigkeit von einem solchen Prozeß zu fordern. Bestimmten Personen Kompensation zu gewähren, wäre wirklich, was im eigentlichen Sinne ungerecht sei (Hayek 1976: 65). Von Hayek geht noch einen Schritt weiter und behauptet, daß Ideen von sozialer Gerechtigkeit das Risiko in sich bergen, ein freies System in eine totalitäre Organisation zu verwandeln. Für diese These kann von Hayek aber selbstredend keine Belege anführen.

Die neoliberale Ideologie sieht den »Nachtwächterstaat« als sein Ideal: Die Funktionen des Staates seien, die innere und äußere Sicherheit und das effiziente Funktionieren des Rechtswesens zu garantieren. Alles andere soll dem Markt überlassen werden.

Da aber die Gewerkschaften das maximale Funktionieren des Arbeitsmarktes, d.h. in Übereinstimmung mit dem Mechanismus von Angebot und Nach-

frage, behindern, muß das Wirken der Gewerkschaften eingeschränkt werden, wie Thatcher es auch tat. Dabei kann es aber zu einem Konflikt mit dem grundlegenden demokratischen Recht der Organisationsfreiheit, wie z.B. die schwedische Verfassung es bestimmt, kommen.

In allen Bereichen soll der Markt oder sollen die Märkte und vielmehr ihre Mechanismen bestimmen. Man vergißt dabei, daß der Markt *erstens* durch seine scharfe Konkurrenz schwächere Akteure auskonkurriert und deshalb zur Monopolisierung tendiert. Nur mit Hilfe staatlicher Bürokratien, deren Aufgabe es ist, die Konkurrenz zu sichern, kann der Markt daran gehindert werden, sich selbst zu zerstören. Die Europäische Union ist dabei ein außerordentlich gutes Beispiel, wenn man diese Behauptung konkret studieren will. Um den freien Fluß von Waren, Kapital und Arbeitskraft zu garantieren, führt sie detaillierte Regelungen durch. Die paradoxe Tatsache dabei ist, daß je größer die Freiheit des Marktes ist, desto größer sein Selbstzerstörungspotential. *Zweitens* vergißt man, daß die Akteure verschiedenartige Macht und Machtpotentiale besitzen, und geht naiv davon aus, daß alle Akteure auf dem Markt dieselbe Macht und dieselben ökonomischen Mittel zur Verfügung haben. Macht wird überhaupt nicht in die Theorie einbezogen oder wird verschleiert. *Drittens* wird nicht beachtet, daß eine existierende Einkommensverteilung Angebot und Nachfrage determiniert und damit den Verbrauch steuert. *Viertens* hat ein unbeschränkter Markt die immanente Tendenz, alles – inklusive den Menschen – in Waren, Dinge und Objekte zu verwandeln, eine Tendenz, die Marx als Verdinglichung analysierte, und die Karl Polanyi als »commodification« bezeichnet: die Verwandlung von solchen Lebensaspekten, die sich einst außerhalb des Marktes befanden in verkäufliche Produkte. Der uneingeschränkte Markt hat eine ihm innewohnende Tendenz, alle Gebiete der Gesellschaft zu invadieren und eine *Marktwirtschaft* mit ihren begrenzten Funktionen in eine *Marktgeseellschaft* zu verwandeln, wobei seine Wertungen und Handlungsmuster alternative Wertungen und Handlungsmuster außer Kraft setzen.

3. Über ideologische Faktoren

Ideologien beeinflussen die gesellschaftliche Entwicklung in einem früher nicht gesehenen Maße. Dieser Einfluß wird durch die heutigen Bildmedien potenziert. Ideologien gestalten das politische Handeln. Sie bilden den Rah-

men für das Verständnis und für die Untersuchung der Bedingungen für ökonomische Prozesse, wie Produktion und Distribution, wie auch die der gesellschaftlichen Reproduktion. Ideologien drücken der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ihren Stempel auf. Sie erklären und legitimieren Klassenunterschiede und Klassengegensätze usw. Ideologien sind wichtige Faktoren bei der Etablierung und Produktion genau der Verhältnisse, die sie legitimieren wollen.

Gemeinsam mit ökonomischen und sozialen Verhältnissen beeinflussen Ideologien die Politik einschneidend. Diese Auffassung steht im Gegensatz zu einer überlieferten marxistischen, die ideologische Verhältnisse in den Überbau verlegt. Es ist, nach unserer Auffassung überholt, den traditionellen Unterschied zwischen »ökonomischer Basis« und »ideologischem Überbau« aufrecht zu erhalten. Wissenschaft, Information, ja selbst die Sprache sind z.B. heute wichtige Produktivkräfte und deshalb von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Sie nur als »Überbau« zu bezeichnen, hat zur Folge, daß man ihre determinierende soziologische Rolle verkennt. Die bedeutende gesellschaftliche Rolle der Ideologie(n) ist ein Grund dafür, daß Ideologiekritik heute zu einer der wichtigsten Aufgaben der Soziologie wird.

Der Begriff »Ideologie« wird hier auch nicht im Sinne von »falschem Bewußtsein« gebraucht, sondern als eine Reihe von Ideen, Vorstellungen, Behauptungen und Theorien, mit deren Hilfe man das Verständnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit so zu strukturieren versucht, daß soziales Handeln weitgehend beeinflußt werden kann. Das Studium der Ideologie hat u.a. zum Ziel, sprachliche Ausdrucksweisen so zu analysieren, daß man versteht, wie Sinn und Bedeutung der sprachlichen Mittel der Aufrechterhaltung von existierenden Herrschaftsbeziehungen dienen (Thompson 1984).

Ein Beispiel ist die Anwendung der Alltagssprache. »Die politische Sprache wurde in der ganzen Welt die Sprache des Marktes: Konkurrenz, Effektivität, Gewinn, Eigennutzen ... Sie gibt den Grundton in der Debatte an, wie die Gesellschaft organisiert werden soll« (Tham 1994: 90). Menschen werden zu Kunden und Konsumenten erklärt. Freiheit wird als Freiheit des Marktes definiert. Rationalität bedeutet zweckmäßiges Handeln. »Die Sprache des Geschäftslebens, ihre Symbole und Vorstellungen vom Menschen haben die Idee der öffentlichen Tätigkeit erodiert« (Tham 1994: 90).

Wir werden uns im folgenden vor allem auf die oft impliziten Voraussetzungen ideologischer Ansprüche im ideologiekritischen Sinne konzentrieren. Diese Ansprüche sind sowohl methodologischer als auch ontologischer Art. Im letzteren Fall machen sie Annahmen über das Wesen des Menschen und der Gesellschaft und der Beziehung des Menschen zur Gesellschaft.

Der kanadische Sozialphilosoph Charles Taylor betont, daß es notwendig ist, zwischen ontologischen Verhältnissen und der gesellschaftlichen Praxis, die sich auf diese Verhältnisse stützt, zu unterscheiden. Die ersteren fordern eine Stellungnahme, da sie, unserer Ansicht nach, normativer Art sind. Sie geben an, wie wir grundlegende Faktoren betrachten sollen oder müssen, damit wissenschaftliche Theorien sinnvoll und relevant dargestellt werden können. Ontologische Annahmen sind die außerwissenschaftlichen Grundlagen wissenschaftlicher Theorien.

4. Fünf methodologische und ontologische Dimensionen

Die neoliberale Ideologie zeichnet sich dadurch aus, daß sie von individualistischen Ideen geprägt ist. Dabei spielt der methodologische Individualismus eine wichtige Rolle.

4.1 Methodologischer Individualismus kontra Holismus

Zwei entgegengesetzte Auffassungen vom sozialen Handeln können wir als methodischen Individualismus kontra Holismus bezeichnen. Die der holistischen Auffassung zugrunde liegende These besagt, daß Menschen in einer Gruppe oder Gesellschaft grundlegende gemeinsame Interessen besitzen und solche gemeinsamen Zielsetzungen vertreten und verfolgen, die das Kollektiv charakterisieren. Diese Zielsetzungen müssen mit Hilfe einer Sprache zum Ausdruck gebracht werden, die zwischenmenschliche, kollektive und kooperative Phänomene bezeichnet. Aussagen über diese können nicht zu Aussagen über Eigenschaften von Individuen reduziert werden.

Gemeinsame Interessen und Zielsetzungen können durch Zusammenwirken und Zusammenarbeit erreicht werden, während Konkurrenz und Wettbewerb deren Verwirklichung erschweren oder gar verhindern. Gemeinsame Zielsetzungen setzen ein gesellschaftliches Normensystem und vor allem gesellschaftliche Institutionen zu ihrer Durchsetzung voraus. Diese Institutionen definieren einen gemeinsamen Handlungskontext. Sie bestärken und verstärken wiederum die Identifikation mit dem Kollektiv, das Gefühl von Gemeinsamkeit und Solidarität, und fördern die Integration der Gesellschaft.

Institutionen dieser Art finden wir in der sozialen Marktwirtschaft und im Wohlfahrtsstaat mit einem öffentlichen Sektor, der dem Markt bestimmte

Grenzen setzt, wenn zum Beispiel das Gesundheitswesen und die Ausbildung soziale Rechte sind, die allen zustehen und keine Waren sind, die nur diejenigen kaufen können, die über die notwendigen Geldmittel verfügen.

Diese Institutionen bringen, wie genannt, einen gemeinsamen Handlungskontext zustande, eine Voraussetzung dafür, daß individuelle Handlungen erst Sinn und Bedeutung erhalten. Nehmen wir einmal an, daß wir einem Unwissenden die Bedeutung von Wahlen in einem parlamentarischen System erklären wollen. Dabei ist es unzureichend, auf individuelle Handlungen hinzuweisen, z.B. »jemand legt einen Stimmzettel in eine Wahlurne«. Es ist notwendig, Begriffe wie »Demokratie«, »politische Parteiprogramme«, »Ideologien« usw. anzuwenden, die nicht das Handeln einzelner Menschen bezeichnen, sondern auf kollektive und intersubjektive, konstituierende Eigenschaften der Gesellschaft hinweisen.

Ohne diese holistischen Begriffe können wir dem Unwissenden nicht die Bedeutung von Wahlen erklären. Auch wenn wir Handlungen als individuelle *beschreiben* können, müssen sie oft mittels holistischer Begriffe *erklärt* werden. Es ist also wichtig, zwischen Beschreibung und Erklärung gesellschaftlicher Verhältnisse zu unterscheiden und für diese Unterscheidung einen adäquaten Sprachgebrauch zu finden.

Diese holistische methodologische Haltung verneint nicht, daß Menschen auch individuelle Interessen und Motive haben können und daß ihre Handlungen oft darin ihren Grund haben, oder daß individuelle Beschlüsse auf persönlichen Präferenzen beruhen können. Dagegen stellt sie fest, daß Beschreibungen und vor allem Erklärungen von gesellschaftlichen Verhältnissen durch Begriffe ergänzt werden müssen, die auf echte soziale Phänomene hinweisen.

In der liberal-individualistischen Theorie ist der Gedanke zentral, daß das Handeln von Einzelinteressen gesteuert wird, welche die Maximierung des Eigennutzens zum Ziel haben und mit Hilfe von Konkurrenz und Wettbewerb erreicht werden können. Gemeinsame soziale Zielsetzungen werden als das Aggregat der summierten Einzelziele betrachtet. Man verneint, daß es echte allgemeine, gesellschaftliche Interessen gebe. Weiterhin geht man davon aus, daß alle Eigenschaften, die Gruppen oder anderen Kollektiven zugeschrieben werden, auf individuelle Eigenschaften zurückgeführt werden können, und daß erklärende Aussagen über kollektive, institutionelle Verhältnisse auf Aussagen über individuelle Eigenschaften, Handlungen und Präferenzen reduziert werden können und müssen.

Diese Einstellung wird als »methodologischer Individualismus« bezeichnet und bedeutet, daß »alle sozialen Phänomene (ihre Struktur und Veränderun-

gen) im Prinzip einzig und allein mit dem Hinweis auf Individuen – deren Eigenschaften, Zielsetzungen und Ansichten – erklärt werden können« (Elster 1982: 453).

Wir dagegen haben von kollektiven Zielsetzungen gesprochen. Eine solche ist, um mit Hegel zu sprechen, die »allgemeine Freiheit«, d.h. die Freiheit, die für alle gleichermaßen gilt. Sie kann mit Hilfe grundlegender Rechte wie Rede-, Religions-, Organisationsfreiheit usw. verwirklicht werden. Diese sind der Ausdruck für gemeinsame Zielsetzungen und von solcher Art, daß, wenn jemand sie verwirklicht, er niemanden anderen daran hindert, es auch zu tun. Diese gemeinsamen Ziele zu erreichen ist deshalb für alle gleichermaßen möglich, und nur die Ziele, die von allen erreicht werden können, ohne andere daran zu hindern, dasselbe zu tun, können mit Recht als gemeinsame charakterisiert werden (Israel: 1990). Wir haben hier eine Vereinbarkeitsregel formuliert, die für die gesellschaftliche Integration von Bedeutung ist.

In der individualistisch-liberalen Ideologie versucht man auch, das Eigentumsrecht als ein allgemeines und grundlegendes Recht zu verteidigen. Oft wird Freiheit dort mit Freiheit des Eigentums gleichgesetzt. Wir leben aber in einer Gesellschaft, die durch Mangel und Knappheit charakterisiert ist, und Versuche einer Art von Mangel abzuwenden, bringen immer neue Formen von Mangel zustande. Wenn also jemand sein Eigentumsrecht verwirklichen will, hindert er gewöhnlich andere daran, dasselbe zu tun. Die Vereinbarkeitsregel kann hier nicht angewandt werden. Das Eigentumsrecht kann nicht zu den grundlegenden Rechten und Freiheiten gezählt, kann jedoch durch politische Beschlüsse rechtskräftig gemacht werden.

Wir können nun den diskutierten Punkt zusammenfassen. Einer der ideologischen und methodologischen Unterschiede zwischen den Theorien der sozialen Marktwirtschaft und des neoliberalen Kapitalismus besteht darin, daß die Vertreter der ersteren holistische Erklärungen akzeptieren, während die der letzteren den methodologischen Individualismus befürworten.

4.2 Politischer Individualismus kontra Kommunitarismus

Nahe verwandt mit der eben diskutierten Dichotomie ist eine andere, die ihr eine ontologische Basis verleiht: die zwischen dem politischen Individualismus und dem etwas merkwürdigen, aber in der einschlägigen englischen Literatur eingebürgerten Ausdruck »Kommunitarismus«.

Eine zentrale Frage kann so formuliert werden: Ist der Mensch für die gerechte Verteilung der materiellen Güter und zur Realisierung des sozialen und

psychologischen Guten, wie z.B. seiner Anerkennung als vernünftiges, sprachkompetentes und moralisch handlungsfähiges Wesen, mit einem Wort als Person, von der Interaktion mit anderen, die derselben logischen Kategorie zugehören, abhängig?

Die Antworten auf diese Frage decken deutlich prinzipielle Unterschiede zwischen den Vertretern der beiden genannten Richtungen auf.

Eine traditionelle individualistische Betrachtungsweise sieht den Menschen als ein autonomes und selbstzureichendes Wesen, das von Natur aus mit bestimmten Bedürfnissen, Interessen, Fähigkeiten, Trieben usw. ausgestattet ist. Diese sind unabhängig von einem gegebenen sozialen Kontext vorhanden und bestimmen immer sein Verhalten. Diese naturalistische Version führt zu einem abstrakten Begriff des Individuums. Seine Beziehung zur Gesellschaft wird eventuell auf einen Gesellschaftsvertrag zurückgeführt.

Manches Mal geht man von einem Naturzustand aus, wo noch keine Gesellschaft und gesellschaftlichen Institutionen existieren. Die Gesellschaft entsteht dann, wenn die Menschen zur Einsicht gelangen, daß sie zusammenarbeiten müssen, um überleben zu können. Deshalb schließen sie einen Vertrag und verzichten dabei auf gewisse »naturgegebene« Rechte und Freiheiten, um die Vorteile zu erreichen, die die Gesellschaft ihnen bieten kann.

Thomas Hobbes und Immanuel Kant gehören zu den Philosophen, die eine Vertragstheorie verteidigten, obwohl Kant den Gedanken eines Naturzustandes abwies. Trotzdem betrachtet er die Vertragshypothese als angemessenen Ausgangspunkt, um das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft theoretisch darzustellen.

In Übereinstimmung mit der Vertragstheorie wird die Stellung des Bürgers durch seine subjektiven Rechte gegenüber dem Staat und anderen Mitbürgern bestimmt.

Die kommunitaristische Theorie verwirft dagegen die Vertragshypothese und postuliert, so wie es der junge Marx ausdrückt: »Wie die Gesellschaft selbst den Menschen als Menschen produziert, so ist sie durch ihn produziert«; und er fügt hinzu, man solle vermeiden »die ›Gesellschaft‹ als Abstraktion dem Individuum gegenüber zu fixieren. Das Individuum ist das *gesellschaftliche Wesen*« (1966: 77-78).

Das kommunitaristische Paradigma geht also davon aus, den Menschen grundlegend als ein gesellschaftliches Wesen zu betrachten, und postuliert, daß er kein würdiges Leben unabhängig von anderen oder außerhalb der Gesellschaft verwirklichen kann. Erst in der Gemeinschaft und durch sie erwirbt der einzelne seine Identität. Erst durch die Gesellschaft und deren Wert- und Normensystem erhält er seine Autonomie.

Während der individualistische Standpunkt den Mitbürger hauptsächlich als Privatperson sieht und seine Freiheit als negativ, d.h. als Abwesenheit von Zwang betrachtet, übernimmt der Kommunitarismus die Vorstellung von positiver Freiheit (Berlin: 1969). Jene Freiheit, die es ermöglicht, an einer gemeinsamen gesellschaftlichen Praxis und politischer Kommunikation teilzunehmen, wobei die Freiheit des einen die Freiheit anderer fördert.

Die negative Freiheit des Individualismus ist »Freiheit von« Zwang, während positive Freiheit »Möglichkeit zu« etwas ist, d.h. zur Selbstverwirklichung oder der Verwirklichung gemeinsamer Ziele, einer gemeinsamen sozialen Praxis. Die Moral, z.B. Vorstellungen und Wertungen das gute Leben betreffend, wird entweder als Ausdruck einer spezifischen individuellen Wahl betrachtet oder im Sinne von Hegels Sittlichkeitsbegriff als Ausdruck für eine gemeinsame Lebensform, die interpersonale Beziehungen gestaltet, begriffen.

Zusammenfassend können wir die Kontroverse zwischen den beiden Standpunkten auf folgenden Nenner bringen: Entweder betont man die Existenz einzelner Subjekte, deren Handlungen von verschiedenen individualistischen Vorstellungen darüber, was ihnen persönlich am meisten dienlich ist, geleitet werden. Oder man behauptet, daß die Situation von solcher Art sei, daß Menschen sich vor allem als einer Gruppe oder Gesellschaft zugehörig, als Mitmenschen im wörtlichen Sinne verstehen und gemeinsame Ziele verfolgen, die sie wiederum miteinander verbinden.

4.3 Soziales Handeln: teleologisch oder kommunikativ

Soziales Handeln kann, so wie bei Max Weber als das zielgerichtete, teleologische Streben eines einzelnen Subjektes im Rahmen einer individualistischen Stellungnahme verstanden werden.

Alternativ kann es, wie Habermas den Begriff des sozialen Handelns theoretisch entwickelt hat, als kommunikatives Handeln verstanden werden. Dieses setzt die Interaktion oder Wechselwirkung zwischen Individuen voraus. Sowohl das Motiv oder der Antrieb als auch das Ziel des teleologischen, individuellen Handelns werden *innerhalb* des Subjektes verlegt oder gesucht und *monologisch* aufgefaßt. Sein Bewußtsein wird dabei zum Ausgangspunkt der Analyse.

Für das kommunikative Handeln dagegen ist das was *zwischen*, d.h. nicht was innerhalb eines Subjektes, sondern was zwischen den interagierenden Subjekten *dialogisch* geschieht, das Bedeutungsvolle. Sprache, als Mittel der Kommunikation, die definitorisch intersubjektiv ist, ist für Habermas die Un-

tersuchungsgrundlage und Argumentationsbasis. Sie ersetzt das Bewußtsein als Basis der Analyse des sozialen Handelns. Hand in Hand mit dem theoretisch angelegten Übergang vom teleologischen zum kommunikativen Handeln geht eine andere theoretische Veränderung: von der Betonung der instrumentellen Rationalität zur kommunikativen Rationalität.

Habermas führt im Anschluß an seine Theorie eine Distinktion für das soziale Handeln ein. Er stellt dem kommunikativen Handeln das strategische Handeln gegenüber. Das strategische Handeln ist erfolgsorientiert und folgt den Regeln der instrumentellen Rationalität. Im strategischen Handeln versucht der Akteur, sein Streben nach Macht, Geld, Gewinn usw. mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, z.B. unter Einsatz seiner ökonomischen Ressourcen und mittels seiner Macht oder seines Status zu erreichen. Sein Gegenspieler wird dann entweder als Hindernis betrachtet oder als Mittel zur Erreichung der eigenen Ziele behandelt. In beiden Fällen wird der Gegenspieler für den Handelnden als *Objekt* und nicht als gleichwertiges *Subjekt* behandelt. Dieser kann sich der Manipulation bedienen, um seine Ziele durchzusetzen.

Beim kommunikativen Handeln dagegen versuchen die Akteure, die *Subjekte* sind und verbleiben, falls Meinungsverschiedenheiten entstehen sollten, allein durch Argumentation Verständigung zu erreichen, um schließlich zu einem Einverständnis zu gelangen. Voraussetzung für den normativen Standpunkt, nur Argumentation als Mittel bei der Lösung von Meinungsverschiedenheiten zuzulassen, ist der Konsens, daß alle Kommunikationsteilnehmer gleichberechtigt am Diskurs teilnehmen können und als Gleichberechtigte voneinander anerkannt werden. Das kommunikative Handeln wird zum Koordinationsprozeß, durch den eine stabile soziale Ordnung geschaffen werden kann.

Es ist in diesem Zusammenhang interessant, daß im schwedischen Wohlfahrtsstaat Regeln lange institutionalisiert waren, wie Arbeitgeber und Angestellte Meinungsverschiedenheiten durch Verhandeln und Kommunikation zu lösen sollten, um Streiks und Lockouts zu verhindern.

3.4 Rationalität

Im engen Zusammenhang mit den zwei Typen des sozialen Handelns stehen die Konzepte von Rationalität. Eine verbreitete Vorstellung, besonders in nationalökonomischen Theorien, ist Rationalität als Mittelwahl zur Erreichung vorgegebener Ziele, d.h. im Sinne von Zweckrationalität zu verstehen. Ich zitiere aus dem in Schweden am meisten angewandten Lehrbuch zur Volkswirt-

schaft. Ein Mensch handelt rationell, »wenn er ein Kalkül für jegliche Transaktion, jegliche Aktivität und jedes Mittel erstellt, was diese kosten und was man dabei gewinnt« (Eklund 1992: 39). Unausgesprochen ist dabei vorausgesetzt, daß der Akteur über alle situationsrelevanten Verhältnisse voll informiert ist.

Die instrumentelle Vernunft, die sich mit der Ausdifferenzierung wirtschaftlicher Institutionen verselbständigt und das kapitalistische System dominiert, ist aber nur *eine* und das heißt eine eingeschränkte Art der Rationalität.

Anstatt von den zweckorientierten Handlungen des einzelnen Subjektes auszugehen, können intersubjektive Beziehungen den Ausgangspunkt für eine kommunikative Rationalität bilden.

»Soweit die Handlungen verschiedener Interaktionsteilnehmer über Verständigung koordiniert werden, geben die formalen Bedingungen eines rational motivierten Einverständnisses an, wie eine solche soziale Beziehung rationalisiert werden kann« (Habermas 1986: 469). Rationalität kann in diesem Fall mit Hilfe des Begriffspaars »normativ zugeschriebenes Einverständnis« und »kommunikativ erzielte Verständigung« bestimmt werden.

3.5 *Distributive Gerechtigkeit oder Utilitarismus*

Moral handelt von Forderungen, wie man handeln soll oder muß –und zwar in Beziehung zu anderen Menschen. In diesem begrenzten Sinn sind moralische Forderungen immer auch soziale Forderungen, d.h. sie sind auf eine Gruppe von Menschen gerichtet. Eine Frage, die sich sofort stellt, lautet: Wem sollen meine moralische Handlungen dienen? Die Antwort kann vom extremen Partikularismus bis zum gleichberechtigten Universalismus reichen: Von der Vorstellung, daß meine Handlungen nur meinen persönlichen, egoistischen Interessen dienen sollen bis zur Vorstellung, daß sie das Wohl der ganzen Menschheit fördern sollen.

Die Vertreter eines individualistischen auf den uneingeschränkten Markt gezielten Kapitalismus stehen dem Partikularismus nahe. Doch dies bedeutet nicht, daß sie konsequent egoistische Handlungen befürworten. Wenn altruistische Handlungen meinen eigenen Interessen förderlich sind, sind sie vorzuziehen. Die partikularistische Moral spricht viel vom Nutzen und Eigennutzen. Die universalistische Moral dagegen vertritt als zentrale Begriffe Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und eventuell Gleichheit. Ein Problem besteht darin, ob und in welcher Form Gerechtigkeit und Gleichheit in Einklang miteinander gebracht werden können oder gleichermaßen realisiert werden können.

In der neoklassischen ökonomischen Theorie, die viele Argumente für die ungehemmte Marktwirtschaft liefert, geht man explizit von der psychologischen, und also nicht ökonomischen Vorstellung aus, daß das dominierende und »naturgegebene« menschliche Streben darauf gerichtet sei, mit allen ihm zur Verfügung stehenden ökonomischen Mitteln den Nutzen, vor allem den Eigennutzen, zu maximieren.

»Nutzen« – das englische »utility« – ist sowohl ein ökonomischer als auch ein moralphilosophischer Begriff. »Nutzen« im ökonomischen Kontext, so sagt die englische Ökonomin Joan Robinson, ist ein metaphysischer Begriff, der sich durch seine unangreifbare Zirkularität auszeichnet (1964: 48). Nutzen ist nämlich die Qualität von Waren, die dazu führt, daß Menschen sie kaufen; und die Tatsache, daß sie gekauft werden, beruht auf ihrem Nutzen. Befriedigte Bedürfnisse vermindern den Nutzen. Diese psychologische These ist die Basis für die Marginalnutzentheorie, in der gesellschaftliche Institutionen keinen Platz mehr haben.

Nutzen im philosophischen Kontext bedeutet in aller Kürze angemerkt, daß eine Handlung dann moralisch gut ist, wenn es ihre Konsequenzen sind. Sie sind es, wenn sie den totalen Nutzen in der Gesellschaft steigern. Eine Konsequenzethik kann dazu führen, daß eine Ungerechtigkeit, die den totalen Nutzen vergrößert, moralisch gut ist.

Probleme der Gerechtigkeit und der Gleichheit stehen für den Sozialstaat an erster Stelle der Moralproblematik. Die Verteilung materieller und sozialer Güter steht im Mittelpunkt der politischen Debatte. Distributive Gerechtigkeit kann als die Antinomie der Nutzenmaximierung gesehen werden.

Eine ausführliche Diskussion über die Probleme der distributiven Gerechtigkeit habe ich an anderer Stelle vorgenommen (1996). Hier muß ich mich auf einige kurze Bemerkungen beschränken. In der kapitalistischen Gesellschaft gibt es eine ständige Tendenz, die Verfügung über soziale Güter wie Einkommen und Eigentum zu monopolisieren, sofern es keine staatliche Intervention gibt.

Der amerikanische Philosoph Michael Walzer (1983) hat in seinem nunmehr klassischen Buch das Problem der Verhinderung der Umwandlung von monopolisierten Gütern in andere Güter angegriffen. Er entwickelt den Begriff der »zusammengesetzten Gleichstellung«. Nehmen wir an, daß die Person X eine hohe politische Stellung hat, aber nicht Person Y. In dieser Beziehung sind sie ungleich. Aber wenn Y dieselbe Möglichkeit hat wie X, seinen Kindern dieselbe Schulausbildung zu geben, oder wenn er dieselbe Krankenpflege erhalten kann wie X, dann haben wir die kombinierte oder zusammengesetzte Gleichstellung, die besagt, daß kein Bürger seine Stellung in einer ge-

sellschaftliche Sphäre ausnutzen kann, um soziale Güter auf anderen Gebieten privilegiert zu erhalten. Walzer meint, daß diese Form der Gleichheit der Tyrannei entgegenwirkt. Gegenseitiger Respekt und allgemeiner Selbstrespekt ist die größte Stärke der zusammengesetzten Gleichheit, meint Walzer. Wie Hegel, der von allgemeiner Anerkennung spricht, betont er damit, daß es sich bei der Gleichheit nicht nur um die Verteilung materieller Güter handelt, sondern vor allem auch um grundlegende moralische Probleme. Gegenseitige Anerkennung ist ein Ausgangspunkt für die Bekämpfung gesellschaftlicher Ungerechtigkeit wie Diskriminierung und Unterdrückung.

4. Kurze Zusammenfassung

Wir haben hier mit Hilfe von fünf Dimensionen methodologischer und ontologischer Art versucht, den theoretischen und ideologischen Hintergrund dafür darzustellen, was die neoliberale Version des Kapitalismus von der sozialen Marktwirtschaft und dem Wohlfahrtsstaat unterscheidet.

Beide haben eine liberale Verankerung. Während der neoliberale Kapitalismus doch in verschiedenen Aspekten des Individualismus tief verankert ist, gehen die soziale Marktwirtschaft und der Wohlfahrtsstaat vom Menschen als ein im Grunde soziales Wesen aus, der nur in der Gesellschaft und durch sie das gute Leben verwirklichen kann.

Wir können nun idealtypisch vereinfacht die Unterschiede dichotomisch darstellen. An anderer Stelle habe ich diese Probleme ausführlicher ideologiekritisch behandelt (1996). Wir gehen davon aus, daß die fünf Dimensionen kontinuierliche Variablen repräsentieren. Es muß aber betont werden, daß es sich um ein Gerüst handelt, um das einschlägige Theorien aufgebaut werden können, die die Tradition von Marx und Weber weiterführen.

Neoliberaler Kapitalismus	Soziale Marktwirtschaft
1. Methodischer Individualismus	Methodologischer Holismus
2. Politischer Individualismus	Kommunitarismus
3. Strategisches Handeln	Kommunikatives Handeln
4. Zweckrationalität	Kommunikative Wertrationalität
5. Utilitaristische Moral	Distributive Gleichheitsmoral

Die soziale Marktwirtschaft und der Wohlfahrtsstaat suchen in Übereinstimmung mit den hier dargestellten Thesen und der Analyse eine Integration der Gesellschaft zustande kommen zu lassen oder wenigstens sie zu erleichtern. Der neoliberale Kapitalismus dagegen führt folgerichtig zu einer Ausdifferenzierung mit Konflikten, die drohen, die Gesellschaft zu zersplittern. Dies gilt auch für die sogenannte Globalisierung, die heute oft als Ideal dargestellt wird.

Ich hoffe, mit meinen Ausführungen einen Beitrag zur soziologischen Theoriebildung über den modernen Kapitalismus geliefert zu haben, wobei ich keineswegs versucht habe, eine wertneutrale Haltung einzunehmen, die ich für unmöglich halte. Es ist anstelle dessen wichtig, die eigene Wertposition klar darzulegen und damit einen expliziten Ausgangspunkt für den Zuhörer(in)/Leser(in) und seine Beurteilung zu liefern.

Literatur

- Albert, Michel (1991), *Kapitalismus contra Kapitalismus*. Frankfurt/M.
 Berlin, Isaiah (1969), *Four essays on liberty*. Oxford.
 Eklund, Klaes (1992), *Vår ekonomi (Unsere Wirtschaft)*. Stockholm.
 Elster, Jon (1982) *Marxism, functionalism and game theory Theory and Society* :11,453.
 Habermas, Jürgen (1961), *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt/M.
 Habermas, Jürgen (1986), *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt/M.
 Human Development Report (1996) (published for the United Nations Development programme (UNDP). New York.
 Hayek, F.A.von (1976), *Law, legislation and liberty*. London.
 Israel, Joachim (1990), *Sprache und Erkenntnis*. Frankfurt/M.
 Israel, Joachim (1995), *Markets against politics*. Rom.
 Israel, Joachim (1996), *Det nya klassamhället (Die neue Klassengesellschaft)*. Stockholm.
 Macpherson, C.B. (1962) *The political theory of possessive individualism*. Oxford.
 Marx, Karl (1966), *Pariser Manuskripte*. München.
 Polanyi, Karl (1944) *The great transformation*. New York.
 Robinson, Joan (1964) *Economic philosophy*. Harmondsworth.
 Taylor, Charles (1989), *Cross-purposes: The liberal-communitarian debate*, in: Nancy Rosenblum (Hrsg.), *Liberalism and the moral life*. Cambridge, Mass.
 Tham, Carl (1994), *När tiden vänder (Wenn sich die Zeiten ändern)*. Stockholm.
 Thompson, John B.(1984), *Studies in the theory of ideology*. Cambridge.

Thurow, Lester (1996), *The future of capitalism*. London.

Walzer, Michael (1983), *Spheres of justice*. New York.